

KOMMUNALFINANZEN

Sondertopf unterstützt 33 Sportvereine finanziell. Seite C 2

KULTUR

Die Highlights auf den Bühnen nach der Sommerpause. Seite C 5

RHEINISCHE POST

Projekt Rheinblick – keine Einigung in Sicht



Das Hafenareal, in dem Firmen wie Erlenwein, Müncker und Howinol ansässig waren, ist auserkoren, Krefeld zum Rhein hin zu öffnen. Stararchitekten wie Hadi Teherani haben bereits Entwürfe geliefert. Der Planungsprozess verläuft schleppend.

RP-ARCHIVFOTO: THOMAS LAMMERTZ

Der Rheinblick ist das Prestige-Projekt in Krefeld: Die Stadt will sich zum Rhein hin öffnen und hat dabei große Vorbilder. Stararchitekt Hadi Teherani soll seine internationale Visitenkarte abgeben. Doch der Planungsprozess stockt. Von einer Annäherung zwischen benachbarter Industrie und Kommune ist nichts zu spüren.

VON NORBERT STIRKEN

Vor drei Jahren im August schockten die Verantwortlichen des Chemparks in Uerdingen Politik und Verwaltung durch die Heftigkeit ihres Protests gegen das Projekt Rheinblick. Industrie und Wohnen vertrage sich nicht. Der traditionsreiche Chemiestandort nördlich des Plangebiets (zwischen Hohenbudberger Straße und Rhein) geriete mit seinen 7700 Beschäftigten als Standort in Gefahr.

An dieser Haltung hat sich trotz vieler Gespräche zwischen Planern der Kommune und Vertretern des Chemparks bis heute im Grunde nichts geändert. Diesen Eindruck bestätigten beide Seiten am Montag in einer gemeinsamen Erklärung erneut. „Der Chempark und die Stadt Krefeld sind in aktuellen Gesprächen zum Thema Rheinblick und haben sich jetzt ausführlich über den Entwurf des neuen Bebauungsplans ausgetauscht. Nach wie vor sieht der Chempark

mit der Realisierung der konkreten Projektpläne Rheinblick die Genehmigungsfähigkeit neuer und die Erweiterungsfähigkeit bestehender Anlagen im Chempark aus unterschiedlichen Gründen gefährdet. Insbesondere geht es hier um die einzuhaltenden Lärmwerte in der Nachtzeit angesichts der geplanten Wohnnutzung“, heißt es schriftlich.

Die Gespräche treten offenbar auf der Stelle, sollen aber nach der Sommerpause fortgesetzt werden. Eine Beteiligung der Bürgerschaft in einer dritten Offenlage des Entwurfs für den Bebauungsplan rückt damit weiter in die Ferne. Die Großinvestoren Lutz Remmert und Ulrich Schmitter halten seit Jahren die Fülße still. Sie wollen 85 Millionen Euro für den Bau von Wohnungen, Büros und Praxen ausgeben. Zuletzt hatte Remmert noch das benachbarte Grundstück des Österreichers Hans Pall hinzugekauft und sich optimistisch gezeigt, dass im April der Bebauungsplan präsentiert und im

Herbst rechtssicher verabschiedet werden kann. Dieser Zeitplan ist nun Makulatur.

Bislang halten Stadt und Chempark Stillschweigen über Details. Vorstellungen der Industrie, auf Wohnen zu verzichten und stattdessen einen Ersatz für den Bay-Treff in Form einer Veranstaltungshalle zu schaffen, dürften ebenso wenig auf Gegenliebe stoßen, wie das privilegierte Areal am Rhein in eine Grünflächenanlage samt Spielplatz umzuwandeln. Remmert und Schmitter sind mit Grundstückserwerb und Entwurfsplanungen erheblich in Vorleistung gegangen. Unter anderem hat Stararchitekt Hadi Teherani (Kölner Kranhäuser) viel beachtete Vorschläge gemacht. Wohnen verspricht die beste Rendite.

Stadt und Chempark suchten weiterhin gemeinsam nach einer Lösung des Konflikts. Der offene Austausch unterstützte das gegenseitige Problemverständnis, teilten beide

Seiten gestern mit. Dabei sind neue Hürden aufgetaucht: Zwischenzeitliche fachrechtliche Entwicklungen machten es zudem erforderlich, dass die gutachterliche Betrachtung angemessener Abstände von Wohnbebauung zu Industrie aktualisiert werde (Seveso III-Richtlinie), heißt es. Beide Seiten blieben im konstruktiven Austausch und prüften ergebnisoffen Lösungen für das Gebiet am Rhein, das bereits sehr mit Lärm durch Güterzüge und Binnenschifffahrt belastet sei, ergänzte Chempark-Sprecherin Karoline Gellrich. Unabhängig davon werde die Umsetzung des Hochwasserschutzes für den Rheinblick final mit der Bezirksregierung abgestimmt.

Für das von Lutz Remmert hinzugekaufte Grundstück hat er bei der Stadtverwaltung bislang noch keine Nutzungs- oder Bauvoranfragen gestellt. Ein Betretungsverbot für das Areal existiert nicht mehr. „Das Gelände wurde versiegelt, nachdem wiederholt ungenehmigte Baumaß-

nahmen stattfanden und erforderliche Sicherungsmaßnahmen nicht durchgeführt worden sind“, stellte Stadtsprecher Dirk Senger klar. Die ordnungsbehördlichen Maßnahmen seien gegen die P. International S.R.O. als damaligem Grundstückseigentümer ausgesprochen worden. Weder Herr Remmert noch die als neuer Grundstückseigentümer eingetragene Firma haben ungenehmigte Baumaßnahmen durchgeführt. Gegen die Firma waren auch keine ordnungsbehördlichen Maßnahmen erlassen worden. Daher steht es dem Eigentümer frei, über seine Liegenschaft zu verfügen und sie zu betreten, teilte der Stadtsprecher weiter mit. Die Aufhebung der Versiegelung sei nicht mit Auflagen verbunden gewesen. Das Objekt war im Wege der Ersatzvornahme zu Zeiten des vorherigen Eigentümers gesichert worden. Das heißt: Die Stadt hat alle Schritte zur Sicherung des Grundstücks und der Bauten ergriffen und die Kosten eingefordert.



Die weißen Baukörper rechts sind für den Chempark der Stein des Anstoßes: Der Industrielärm könnte mit Wohninteressen kollidieren.

RP-ARCHIV: LAMMERTZ



Die geplanten Bauten im Süden des B-Plan-Gebietes Rheinblick weisen ausreichend Abstand zum Chempark im Norden Uerdingens auf.

ANSICHT: SCHMITTER

Baustelle seit 2015: Ostwall-Glasdach soll ab 30. Juli fertiggestellt werden

Der Verursacher der Zusatzkosten für die Nacharbeiten muss wohl von einem Gericht ermittelt werden. Die Stadt geht von einer „rechtlichen Klärung“ des Sachverhalts aus.

(sti) Die Stadt geht offenbar davon aus, den Verursacher für die Kosten der Nacharbeiten am Ostwall-Glasdach von einem Gericht klären zu lassen. Unabhängig davon sollen die Arbeiten ab Montag, 30. Juli, beginnen. Seit 2015 ist das umstrittene Millionen-Dach eine Baustelle. Scheiben, fehlen, Schreiben sind gerissen. Ob die Ursache dafür Konstruktions- oder Montagefehler sind, darüber streiten die Parteien.

Die Stadtverwaltung teilte am Montag mit, dass die „Aufklärung der Verursachung der aufgetretenen Schäden fortgesetzt“ werde. Zu den finanziellen Regelungen stehe nach der Fertigstellung voraussichtlich eine rechtliche Klärung zwischen Stadt, der Baufirma, dem Architekten und der externen Bauüberwachung an. Zwischen der Baufirma und der Verwaltung sei allerdings vereinbart worden, dass die Fertigstellung und damit die vollständige Nutzbarkeit für die Bürgerschaft vor allen anderen Belangen oberste Priorität habe. Die Bauzeit be-

trägt voraussichtlich drei Wochen. Nach Fertigstellung des Glasdaches ist ein Reinigungsturnus von mindestens einmal jährlich geplant. Je nach Bedarf ist eine entsprechende Erhöhung des Reinigungsturnus möglich.

Während der Bauphase ist der Ostwall zwischen Alte Linner Straße und Sankt-Anton-Straße für den individuellen Verkehr und die Straßenbahn gesperrt. Der Ostwall ist von der Sankt-Anton-Straße sowie von der Rheinstraße und von der Neue Linner Straße von der Philadelphiastraße kommend nicht mit KFZ befahrbar. Aus der Rheinstraße von Königstraße kommend kann der Ostwall in Richtung Sankt-Anton-Straße befahren werden. Der Verkehr vom Ostwall aus Richtung Bahnhof kommend wird ab der Neue Linner Straße in Richtung Philadelphiastraße geleitet. Der Bereich Ostwall zwischen Neue Linner Straße und Marktstraße in Fahrtrichtung Hauptbahnhof ist ebenfalls für den Individualverkehr nicht erreichbar.

Als Ersatz hierfür werden gegenüber vor der „Deutsche Bank“ Stellplätze vorgehalten.

Alle Buslinien und die Linie 044 als Straßenbahnersatz (wegen weiterer Baumaßnahmen im Streckenverlauf) bedienen die Haltestelle Rheinstraße ganz regulär. Die Linie 041 fährt eine Umleitung über die Philadelphiastraße mit zusätzlicher Bedienung der Ersatzhaltestelle „Rheinstraße“ in der Rheinstraße und den Haltestellen „Philadelphiastraße“, „Alte Linner Straße“ und „Krefeld Hbf/Cinemaxx“. Die Haltestelle „Dreikönigenstraße“ entfällt. Die Linien 042/043 fahren eine Umleitung über die Philadelphiastraße mit zusätzlicher Bedienung der Haltestellen „Alte Linner Straße“ und „Krefeld Hbf/Cinemaxx“. Die Haltestellen „Rheinstraße“ und „Dreikönigenstraße“ entfallen. Die Stadtbahnlinie U70/U76 der Rheinbahn fährt bis zur Haltestelle „Dießem“. Zwischen „Dießem“ und „Krefeld Rheinstraße“ wird ein Ersatzverkehr der Rheinbahn eingerichtet.

Krefeld bekommt nächstes Jahr knapp 199 Millionen Euro vom Land

VON NORBERT STIRKEN

12,07 Milliarden Euro werden die Gemeinden, Kreise und die beiden Landschaftsverbände aus der Gemeindefinanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2019 voraussichtlich erwarten können. Nun veröffentlicht das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung die vorläufige gemeindescharfe Berechnung für die kommunalen Haushaltsplanungen des nächsten Jahres. Krefeld enthält demnach 198,6 Millionen Euro an Gesamtzuweisungen. Der Betrag setzt sich aus 178,9 Millionen Euro aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz und 19,7 Millionen Euro aus Investitionspauschalen für Schule, Sport, Kultur, Soziales und Eingliederung zusammen. Im Vergleich zum laufenden Jahr erhält die Stadt Krefeld voraussichtlich etwa vier Millionen Euro mehr. Die Steuerkraft der Stadt Krefeld steigt im kommenden Jahr im Vergleich zu 2018 um 7,4 Millionen auf knapp 274 Millionen Euro.

Ministerin Ina Scharrenbach: „Bei der Entwicklung und Vertei-

lung der Landeszuweisungen wird die Verlässlichkeit des kommunalen Finanzausgleichs auch für diejenigen Kommunen gewahrt, die auf Schlüsselzuweisungen stark angewiesen sind. Zugleich wird in der Fortentwicklung der Gemeindefinanzierung ein Stück mehr der Weg der gerechten Finanzmittelverteilung beschritten: Bei der Entwicklung der Pauschalen wird erstmals anerkannt, dass alle Gemeinden in Nordrhein-Westfalen – unabhängig von ihrer Finanzkraft – erhebliche Aufwands- und Unterhaltungsaufwendungen zu tragen haben. Neu ist daher eine Aufwands- und Unterhaltungspauschale in Höhe von 120 Millionen Euro.“

Ein Grundsatz verbleibt unverändert: Auf ein Mehr an eigenen Erträgen folgt ein Weniger aus dem landesseitigen Finanzausgleich. Eine positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen der eigenen Gemeinde führt automatisch zu Folgen im kommunalen Finanzausgleich: Gemeinden, die bei den Steuererträgen überproportional gewinnen, verlieren bei den Schlüsselzuweisungen nach der Gemeindefinanzierung

Philadelphiastraße: Asphaltschicht wird erneuert

(RP) Die Fahrbahn der Philadelphiastraße soll im Abschnitt von Goethestraße bis Bleichpfad eine lärmoptimierte Asphaltdeckschicht erhalten. Die vorhandene Straßendecke wird in einer Stärke bis acht Zentimeter abgefräst, um dann die neuen Asphaltschichten einbauen zu können. Die Bauarbeiten beginnen am Montag, 30. Juli, und dauern voraussichtlich bis Mitte August. Wegen des erheblichen Verkehrsaufkommens auf der Philadelphiastraße und den damit verbundenen Gefahren für Mitarbeiter der bauausführenden Firma wurde seitens des Fachbereichs Tiefbau die Notwendigkeit einer Einbahnstraßenregelung zur Durchführung der Bauarbeiten entschieden. Andererseits verkürzt diese Form der Verkehrsregelung die Bauzeit und die Verkehrs- und Lärmbelastungen auch beträchtlich um zwei Wochen. Für den genannten Bauabschnitt wird eine Umleitungsstrecke wie folgt eingerichtet: Sperrung der Fahrbeziehung Fahrtrichtung Cracauerstraße/Bleichpfad ab Kreuzung Moerser Straße, ein Anfahren der Anlieger bis Goethestraße ist möglich. Die Umleitungen über Moerser Straße, Ostwall, St.-Anton-Straße, Bleichpfad sowie über Moerser Straße, Wilhelmshofallee, Jentgesallee, Grenzstraße, Uerdinger Straße werden eingerichtet. Ortskundige Verkehrsteilnehmer sollten diesen Bereich meiden.

MELDUNGEN

Wirt am Ostwall mit Messer bedroht

(jon) Ein Mann hat am Sonntag den Inhaber eines Lokals am Ostwall mit einem Messer bedroht und mit einer Bierflasche leicht verletzt. Wie die Polizei mitteilte, betrat der Unbekannte gegen 11.40 Uhr die Gaststätte, zog das Messer und schlug dem Opfer mit einer Bierflasche auf den Hinterkopf. Der Täter flüchtete mit einem Rad in Richtung Südwall. Er ist 40 bis 50 Jahre alt, schlank, hat schwarze Haare und einen Dreitagebart. Hinweise an die Polizei, Ruf 02151 6340.

des Folgejahres.

Und dennoch: Insgesamt – also in Betrachtung der Summe der allgemeinen Deckungsmittel seitens des Landes und der eigenen Steuerkraft – wird keine einzige der 396 Städte und Gemeinden an Finanzkraft verlieren: Der landesweite Finanzkraftzugewinn der Städte und Gemeinden wird bei 1,432 Milliarden Euro liegen. Die Ministerin betont: „Bei aller positiven Entwicklung – vermehrte Steuereinnahmen der Kommunen auf der einen Seite und erhöhte Landeszuweisungen auf der anderen Seite – besteht auch für das Jahr 2019 noch kein Grund zur Entwarnung: Viele Kommunen haben mit steigenden Sozialaufwendungen umzugehen und der letzte Tarifabschluss im öffentlichen Dienst wird die kommunale Familie in NRW in den nächsten Jahren mit 900 Millionen Euro zusätzlich belasten. Daher appellieren wir insbesondere an die Bundesregierung, keine Gesetze auf den Weg zu bringen, die die Kommunen zusätzlich belasten. Außer: Die Bundesregierung gleicht den zusätzlichen Aufwand mit zusätzlichen Mitteln aus.“